

// DEMOKRATISCH • STREITBAR • KOMPETENT //



INFORMATIONEN

aus dem Hauptpersonalrat (Verwaltung)
beim Hessischen Kultusministerium (HKM)

September 2016



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hessen



Solltet ihr/sollten Sie kritische Anmerkungen zu dieser Ausgabe haben, Anregungen geben oder Berichte über besondere Aktivitäten oder Probleme vor Ort mitteilen wollen, dann wenden Sie sich bitte an ¹:

Werner Scholz
Gewerkschaftsbeauftragter der GEW | beim HPR beim HKM
Fechenheimer Leinpfad 7 | 60386 Frankfurt
Tel. 069-415320 | E-Mail wern.scholz@gmx.de

¹ Anonyme Vorlagen werden nicht bearbeitet.

Vorangestellt

GEW und ver.di bleiben erfolgreich bei der Wahl zum HPR (Verwaltung)

Die ver.di/GEW-Liste hat bei der Wahl für den HPR (Verwaltung) beim HKM wieder eine deutliche Mehrheit errungen:

Sechs Sitze gewann die gemeinsame ver.di/GEW-Liste (zwei Beamtinnen, ein Beamter; zwei Frauen und ein Mann aus der Gruppe der Beschäftigten) und drei Sitze fielen an den dbb (eine Beamtin, ein Beamter; eine Frau aus der Gruppe der Beschäftigten).

Auf die gemeinsame ver.di/GEW-Liste entfielen insgesamt 649 Stimmen (284 für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten, 365 für die Gruppe der Beschäftigten). Auf die dbb-Liste entfielen insgesamt 382 Stimmen (279 für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten, 103 für die Gruppe der Beschäftigten).

Im Hauptpersonalrat werden künftig folgende Kolleginnen und Kollegen von der ver.di/GEW-Liste tätig sein:

Christiana Bohn (GEW), Karl-Heinz Ernst (ver.di), Esther Heck (ver.di), Claudia Janise (ver.di), Regina Pomp (ver.di) und Gino Todisco (ver.di)

Der Erfolg hängt sicherlich mit den klaren Positionen, die GEW und ver.di während der abgelaufenen Wahlperiode kontinuierlich gezeigt und vermittelt haben, zusammen. Deshalb konnten sie sich im Wahlkampf auch glaubwürdig darstellen.

Die GEW- und ver.di-Mitglieder im HPR werden weiterhin die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Personalvertretungen und den Gewerkschaften suchen. Gegenseitige Informationen und Anregungen stehen dabei im Mittelpunkt. Durch intensiven Informationsfluss werden die einzelnen Vertretungsebenen gestärkt.

Die Vertreterinnen und Vertreter von ver.di und GEW bedanken sich dafür, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ihnen ihre Stimme gegeben hat.

Mitglieder im HPR (Verwaltung) beim HKM, die ver.di bzw. der GEW angehören

Name	Dienststelle	Telefon	E-Mail
Ernst, Karl-Heinz Vorsitzender	HPR-Geschäftsstelle	0561–8101125	karl-heinz.ernst@kultus.hessen.de
Heck, Esther 4. Stellvertreterin	Hess. Lehrkräfteakademie	0561–8078131	esther.heck@kultus.hessen.de
Janise, Claudia	Staatliches Schulamt Weilburg	0647–1328-206	claudia.janise@kultus.hessen.de
Pomp, Regina 3. Stellvertreterin	Staatliches Schulamt Fulda	0661–8390107	regina.pomp@kultus.hessen.de
Bohn, Christiana	Hess. Lehrkräfteakademie	06644–1843	c.bohn@iq-inspektion.de
Todisco, Gino 1. Stellvertreter	Hess. Lehrkräfteakademie	069–38989250	gino.todisco@kultus.hessen.de

Sollten Sie Anliegen oder Anregungen haben, die Ihren Arbeitsplatz betreffen, dann wenden Sie sich einfach an eine/n der hier genannten Kolleginnen oder Kollegen. Das gilt übrigens auch für die nachfolgend genannten Ersatzmitglieder und Gewerkschaftsbeauftragten. Vertraulichkeit im Informationsaustausch ist selbstverständlich.

Ersatzmitglieder und Gewerkschaftsbeauftragte im HPR (Verwaltung) beim HKM, die ver.di bzw. der GEW angehören

Name	Dienststelle	Telefon	E-Mail
Riemer, Claudia	Hess. Lehrkräfteakademie	069–38989275	claudia.riemer@kultus.hessen.de
Heyl, Klaus	Staatliches Schulamt Rüsselsheim	06142–5500334	klaus.heyhl@kultus.hessen.de
Schugt, Bärbel	Hess. Lehrkräfteakademie	0611–8803614	baerbel.schugt@kultus.hessen.de
Danhuber, Thomas	Staatliches Schulamt Frankfurt	069–38989163	thomas.danhuber@kultus.hessen.de
Staudt, Klaus	Kultusministerium	0611–368224	klaus.staudt@kultus.hessen.de
Scholz, Werner	Gewerkschaftsbeauftragter	069–415320	wern.scholz@gmx.de
Schupp, Margarete	Gewerkschaftsbeauftragte	06631–72728	margarete-schupp@t-online.de

Bei Schwarz-Grün fehlt es an Respekt gegenüber den Landesbediensteten

CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN lassen es an Wertschätzung gegenüber den Leistungen der öffentlich Bediensteten fehlen:

- Beide Parteien lehnen nach wie vor die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten ab. Sie wollen wohl, dass diese weitgehend allein sowohl die zu erwartenden Kosten der Stilllegung des AKW Biblis als auch die Zuschüsse für das Millionengrab „Flughafen Kassel-Calden“ tragen.
- In elf Bundesländern arbeiten die Beamtinnen und Beamten 40 Wochenstunden. In Hessen arbeiten sie mit 42 Wochenstunden am längsten.
- Die Beteiligung des HPR (Verwaltung) beim HKM muss häufig eingefordert werden. Von einem Verhandlungswillen auf Augenhöhe (vertrauensvolle Zusammenarbeit gem. § 60 HPVG) ist wenig zu spüren.
- Das gilt aber nicht nur für die Personalvertretung. Die Vereinigung der Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten des Landes Hessen e.V. fragt in einem Mitgliederbrief vom 18. Juni 2016: „Warum wir einen solchen negativen Ruf beim HKM haben, ist für uns nicht nachvollziehbar. Schade, dass offensichtlich Mitarbeiter/innen des HKM die Vereinigung eher behindern als fördern.“

Für den HPR heißt das:

- Die Beteiligungsrechte müssen hartnäckig eingefordert werden. Die Dienststelle muss durch geeignete Mittel herausgefordert werden, wenn sie beabsichtigte Maßnahmen nicht rechtzeitig und eingehend mit dem Personalrat erörtert (§60, Abs. 4 HPVG).
- Dem HPR müssen die für die Beteiligung erforderlichen Unterlagen unaufgefordert vorgelegt werden (§62, Abs. 2 HPVG).
- Die Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen in Folge der Abwanderung potenzieller Bewerberinnen und Bewerber in andere Bundesländer muss anerkannt und im Personalbudget berücksichtigt werden. Da die Arbeitsbedingungen in benachbarten Bundesländern günstiger als in Hessen sind, wird die Suche nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern für den Dienst in Hessen (z.B. Lehrkräfte, Verwaltungspersonal) komplizierter und zeitaufwändiger. Die kommunalen Spitzenverbände haben das Problem längst erkannt (siehe FR vom 1. Juli 2016). Sie fordern deshalb eine bessere Besoldung.

Stellenbesetzungsverfahren im Kultusbereich

Mit Ablauf des Monats März 2016 waren im HKM, im ehemaligen IQ, den Staatlichen Schul-ämtern und der Hessischen Lehrkräfteakademie folgende Stellen unbesetzt:

HKM: 18,5 unbesetzte Stellen

Beamtinnen und Beamte im höheren Dienst: 71,3 Stellen

Beamtinnen und Beamte im gehobenen Dienst: 8,5 Stellen

Tarifbeschäftigte Entgeltgruppe 15-9: 1 Stelle

Tarifbeschäftigte Entgeltgruppe 8-1: 8,3 Stellen

Diese skandalöse Bilanz geht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen und der Qualität der Arbeit. Die Verantwortung trägt allein das Hessische Kultusministerium. Auf Einwände des HPR hat der Minister nur beschwichtigende Worte.

Wie Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren verschleppt werden, belegt beispielhaft ein Schreiben des GPRLL beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt vom 22. Februar 2016. Im August 2014 war der bisherige Dezernent für die beruflichen Schulen in den Ruhestand versetzt worden. Zum Zeitpunkt des Schreibens war die Stelle noch nicht einmal ausgeschrieben!

Dazu kommen die haushaltstechnischen Stellenvernichtungen und die steigenden Aufgaben in der Bildungsverwaltung.

Hilferuf des HPR an die Fraktionen im Hessischen Landtag

Der HPR hat sich deshalb mit einem Hilferuf an die Fraktionen im Hessischen Landtag gewandt. Darin fordert er unter anderem, dass

1. die beabsichtigten Stellenreduzierungen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt werden und geplante Kürzungen in den Haushalten 2017 ff. nicht realisiert werden,
2. für die zusätzlichen Arbeiten in den Dienststellen des Ressorts der konkrete Bedarf ermittelt wird und
3. alle unbesetzten Stellen in der Bildungsverwaltung umgehend besetzt werden.

Der HPR begründet seine Forderungen unter anderem wie folgt:

Die zusätzlichen Arbeiten bzw. die Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation fallen nicht nur in den Schulen an, sondern auch in der Bildungsverwaltung.

Beispielhaft dafür werden genannt:

- Erhöhter Arbeitsaufwand bei der Einstellung und der Administration der zusätzlichen 800 Stellen für Lehrkräfte (eingestellt werden aller Voraussicht nach mehr Personen)
- Erhöhter Beratungsbedarf nicht nur in Beratungs- und Aufnahmezentren
- Vermehrte Anträge auf Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise
- Erhöhter Arbeitsaufwand durch die regelmäßige Nachsteuerung des Personalbedarfs
- Zusätzlicher Fort- und Weiterbildungsbedarf im Rahmen des Faches Deutsch als Zweitsprache

Weitere zusätzliche Aufgaben werden personell in der Bildungsverwaltung nicht hinterlegt, zum Beispiel

- Pakt für den Nachmittag
- Inklusion

Der HPR weist darauf hin, dass im Innenressort neben den zusätzlichen Stellen für Polizeibeamtinnen und -beamte das Verwaltungspersonal aufgestockt und die Stelleneinsparvorgaben für die allgemeine Verwaltung ausgesetzt wurden.

Im HPR fragt man sich: „Hat hier das Kultusministerium geschlafen?“

Ein weiteres Beispiel für die Überlastung der staatlichen Schulaufsicht

Gem. § 167 HSchG unterliegen die Schulen in freier Trägerschaft der staatlichen Schulaufsicht. Nur: Bei Gesprächen vor Ort wird der HPR immer wieder mit der Klage konfrontiert, dass überhaupt keine Zeit dafür da ist, die Einhaltung der Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen zu überprüfen. Diese Problematik hat in den Ballungszentren mit einer steigenden Zahl von Schulen in freier Trägerschaft eine besondere Brisanz.

Es darf spekuliert werden: Ist das vielleicht Absicht? So wird es nämlich möglich, Rechtsvorschriften willkürlich auszulegen, damit ideologische und wirtschaftliche Interessen der Träger ungehindert verfolgt werden können.

Einige Aufgaben, die seit Monaten, wenn nicht gar Jahren im HKM auf Eis liegen:

- Aktualisiertes Personalrahmenressourcen-Konzept
- Reduzierung von Aufgaben in der Bildungsverwaltung wegen geringer Personalressourcen
- Geschäftsordnung für Staatliche Schulämter
- Leistungskatalog
- Umgang mit der Schulinspektion

Stellungnahme zum Haushaltsvoranschlag 2017 | Stellenanforderungen

Gem. § 81, Abs.3, HPVG ist der Personalrat **vor der Weiterleitung** von Stellenanforderungen zum Haushaltsvoranschlag zu hören.

Alle Jahre wieder: Der HPR wird zum Bittsteller gemacht, weil die Stellenanforderungen nur nach permanenter Mahnung vorgelegt werden, und das so kurzfristig, dass eine eingehende Beschäftigung damit kaum möglich ist.

Sitzungsorte des Hauptpersonalrats beim Hessischen Kultusministerium

Der Hauptpersonalrat hält seine internen Sitzungen im Jahresverlauf mehrfach vor Ort ab. Dadurch haben die örtlichen Personalvertretungen ebenso wie die Dienststellenleitungen Gelegenheit, ihre Anliegen dem Gremium vorzutragen. Der Hauptpersonalrat kann sich so ein wirklichkeitsnahes Bild von den Arbeitsbedingungen in den einzelnen Ämtern machen, Anregungen mitnehmen und später mit abgesichertem Wissen in die Verhandlungen mit der Dienststelle gehen.

Staatl. Schulamts Hanau	2. November 2016
Staatl. Schulamts Kassel	30. November 2016



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hessen

